

15/2015 8. OKTOBER

- 2 **Arbeitszeit** Freiheit zur Selbstausbeutung
- 3 **Europa** Sparkurs gefährdet die Gesundheit
- 4 **Arbeitswelt** Mit dem Smartphone am Krankenbett
- 6 **Arbeitsbedingungen** Betriebe tun zu wenig für Hörgeschädigte
- 6 **Löhne** Um den Schlaf gebracht
- 7 **Handwerk** In der Innung nur mit Tarif

**FINANZPOLITIK**

# Integration scheitert nicht am Geld

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist gut. Mehrausgaben für Flüchtlinge lassen sich ohne Einsparungen an anderer Stelle finanzieren.

Die Wirtschaft im Euroraum wird 2016 um knapp zwei Prozent wachsen. Nicht zuletzt, weil viele Länder beginnen, sich bei merklich verlangsamter Haushaltskonsolidierung nun zu erholen. Das geht aus der jüngsten Konjunkturprognose des IMK hervor. In Deutschland werden sich Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt nach den Erwartungen der Konjunkturforscher in nächster Zeit positiv entwickeln. Dafür sorgen eine wachsende private Konsumnachfrage – unter anderem eine Folge des Mindestlohns – und trotz schwächelnder Schwellenländer weiter zunehmende Exporte. Die Investitionen der Unternehmen steigen, wenn auch weniger stark als in früheren Aufschwungphasen.

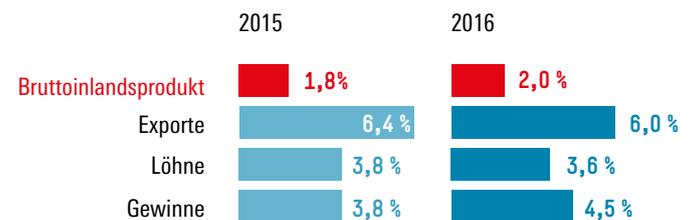
Insgesamt unproblematisch ist die finanzielle Situation des öffentlichen Sektors: Die Überschüsse belaufen sich in diesem Jahr auf 22 Milliarden Euro und im kommenden auf knapp 16 Milliarden. Dabei sind bereits zusätzliche Ausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen eingerechnet. Im laufenden Jahr setzt das IMK dafür 3 Milliarden Euro an und 2016 rund 6 Milliarden.

Die Ausgaben für Flüchtlinge stärken unmittelbar den Binnenkonsum, was laut IMK dem ganzen Euroraum zugutekommt. Denn mehr Kaufkraft in Deutschland ermöglicht Europas Krisenländern mehr zu exportieren und so das Wachstum zu stärken und die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. „Die Politik wäre daher schlecht beraten, wenn sie versuchen würde, durch die Flüchtlinge verursachte Mehrausgaben mit Verweis auf die schwarze Null an anderer Stelle wieder einzusparen“, schreiben die Ökonomen.

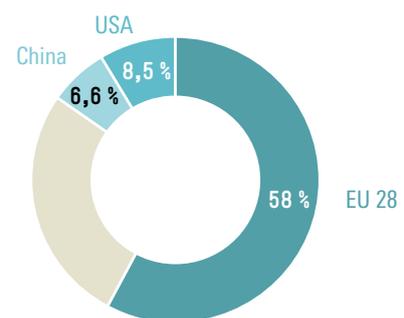
Auch Schuldenbremse und die strengen europäischen Fiskalregeln zwingen Deutschland derzeit keineswegs auf einen Sparkurs. Angesichts verfallender Infrastruktur und historisch günstiger Finanzierungsbedingungen erscheine eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen dringlicher als der Schuldenabbau, erklärt das IMK. Zumal die Schuldenstandsquote Ende nächsten Jahres trotz Flüchtlingshilfe ohnehin sieben Prozentpunkte niedriger liegen dürfte als heute. <

## Mehr Einkommen, mehr Jobs

Gegenüber dem Vorjahr steigen ...



Deutsche Firmen exportieren ihre Produkte nach ...



So entwickelt sich 2016 die Zahl der ...



# Freiheit zur Selbstaussbeutung

Wer seine Arbeitszeiten selbst bestimmen kann, arbeitet mehr als andere. Das gilt nicht nur für Führungskräfte. Arbeitszeitkonten helfen, die Zahl der Überstunden zu begrenzen.

33 Prozent der weiblichen und rund 40 Prozent der männlichen Beschäftigten können über ihre Arbeitszeiten zumindest in einem gewissen Rahmen selbst bestimmen. Häufig geben Gleitzeitsysteme oder Arbeitszeitkonten den verfügbaren Spielraum vor. Ein gutes Drittel der Beschäftigten mit flexibler Arbeitszeitregelung hat jedoch fast keine festen Vorgaben: Der Arbeitgeber erwartet ein bestimmtes Ergebnis; wann die Arbeit erledigt wird und wie lange diese dauert, ist aber weitgehend Sache der Beschäftigten. Das hat aus Arbeitnehmer-sicht Vorteile, kann aber auch zur Selbstaussbeutung führen. Die Auflösung traditioneller „Kommandostrukturen“ zugunsten stärker eigenverantwortlicher Tätigkeit ginge in diesem Fall zulasten der Belegschaft.

Ob extrem flexible Arbeitszeiten dazu führen, dass Beschäftigte mehr arbeiten als unter „normalen“ Bedingungen, hat die Sozialwissenschaftlerin Vanita Irene Matta von der Universität Zürich mithilfe des Sozio-oekonomischen Panels, einer groß angelegten, regelmäßigen Befragung von mehr als 10.000 Haushalten, untersucht. Es zeigt sich zunächst, dass unter den Werk-tätigen mit „hochgradig selbstgesteuerten“ Zeiten sowohl überdurchschnittlich viele mit geringfügiger und unregelmäßiger Beschäftigung sind als auch solche, die auf sehr viele Wochenstunden kommen. Insgesamt stützen die Ergebnisse die Vermutung, dass Selbststeuerung häufig zu Überlastung führt:

- ▶ 53 Prozent der Männer mit hochgradig selbstgesteuerten Zeiten arbeiten mehr als 45 Stunden pro Woche, bei den Frauen etwa 20 Prozent. Die Vergleichswerte für Beschäftigte mit festen Arbeitszeiten liegen bei 19 beziehungsweise 5 Prozent.
- ▶ Unbezahlte und nicht durch Freizeit ausgeglichene Überstunden leisten 44 Prozent der Männer und 26 Prozent der Frauen. Mit fester Arbeitszeit sind es jeweils nur knapp 10 Prozent.
- ▶ Zumindest bei den betroffenen Männern weicht die tatsächliche Arbeitszeit häufig drastisch vom individuell gewünschten Pensum ab. 41 Prozent stecken jede Woche zehn Stunden mehr in den Job, als ihnen lieb ist. Bei festen Zeiten trifft dies nur auf 17 Prozent zu.

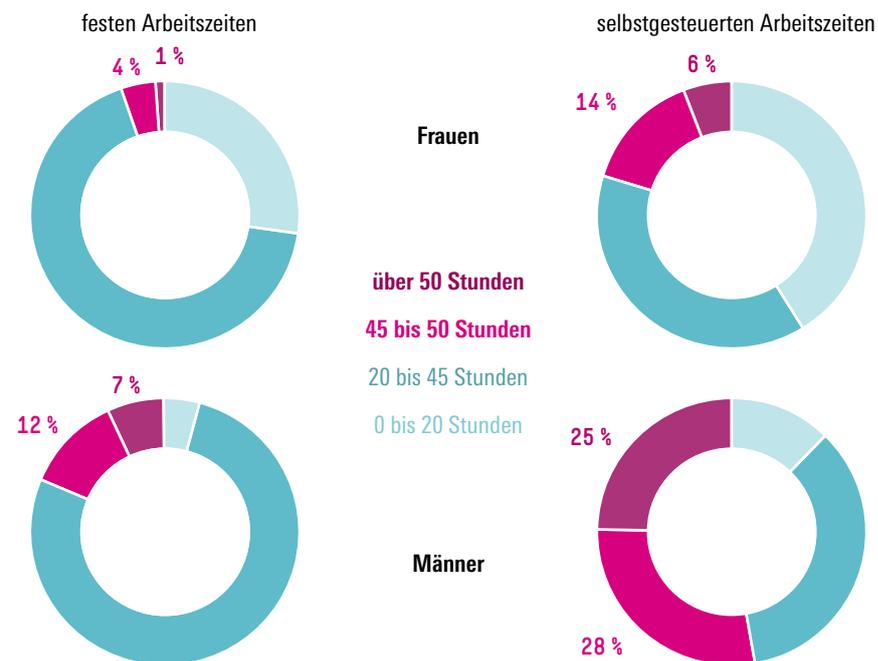
Diese Beobachtungen ergeben sich allerdings aus dem Vergleich unterschiedlicher Personen. Theoretisch könnte es sein, dass sich Beschäftigte mit flexiblen und festen Arbeitszeiten systematisch unterscheiden – durch andere Zeitbedürfnisse, familiäre Verpflichtungen, Berufe, Bildungsabschlüsse, Bezahlung und weitere Faktoren. Insofern lässt sich nicht mit Si-

cherheit sagen, ob die größere berufliche Beanspruchung tatsächlich nur eine Folge des betrieblichen Arbeitszeitmodells ist. Um die Wirkung des Arbeitszeitmodells statistisch zu isolieren, hat die Wissenschaftlerin im nächsten Schritt nur diejenigen betrachtet, die im Laufe des Untersuchungszeitraums von 2003 bis 2011 das Arbeitszeitmodell gewechselt haben. So lässt sich feststellen, wie lange dieselben Personen unter verschiedenen Bedingungen im Schnitt gearbeitet haben. Zudem hat die Forscherin den Einfluss weiterer Einflussfaktoren, die das Ergebnis verzerren könnten, herausgerechnet. Am Ergebnis ändert sich dadurch jedoch wenig: Völlig flexibilisierte Arbeitszeiten führen zu Mehrarbeit.

Dies ist im Übrigen kein Phänomen, das sich auf Führungskräfte beschränkt, wie Matta nachweist. Zwar sind lange und weitgehend unregulierte Arbeitszeiten im Management besonders verbreitet, 57 Prozent der Beschäftigten mit hoch-

## Keine Regeln, längere Arbeitszeiten

So verteilt sich die tatsächliche Arbeitszeit bei Beschäftigten mit ...



Quelle: Matta 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0071](http://bit.do/impuls0071) Daten: [bit.do/impuls0072](http://bit.do/impuls0072)

Hans Böckler Stiftung

gradig selbstgesteuerten Zeiten haben jedoch keinerlei Führungsverantwortung.

Und noch etwas anderes bestätigt die Untersuchung: Die Flexibilisierung führt vor allem dann zu einer Verlängerung der Arbeitszeiten, wenn im Betrieb kein Zeitrahmen vorgegeben ist, weniger „wenn sie regulativ eingebettet ist“. Das heißt: Arbeitszeitkonten können davor schützen, dass aus Selbststeuerung Selbstaussbeutung wird. <

Quelle: Vanita Irene Matta: Führen selbstgesteuerte Arbeitszeiten zu einer Ausweitung der Arbeitszeiten?, in: Zeitschrift für Soziologie 4/2015

# Sparkurs gefährdet die Gesundheit

Südeuropas Krisenländer haben ihre öffentlichen Gesundheitsausgaben deutlich gekürzt. Vor allem in Griechenland leidet die Bevölkerung darunter.

Zufrieden sind Italiener, Portugiesen und Griechen mit der Krankenversorgung in ihren Ländern nie gewesen: Klagen über eine Unterfinanzierung der überwiegend staatlich finanzierten Gesundheitssysteme, über lange Wartelisten, mangelnde Qualität und sogar Korruption ziehen sich seit langem durch einschlägige Umfragen. Nur in Spanien sah es etwas besser aus: Zwar lagen auch dort die öffentlichen Gesundheitsausgaben spürbar unter dem EU-Durchschnitt. Doch die Patientenzufriedenheit war höher, und in den 2000er-Jahren gab die öffentliche Hand mehr Geld – ohne dass die Mittel, wie in Griechenland, überwiegend in rasant ansteigende Arzneimittelausgaben geflossen wären.

Der Reformbedarf in Südeuropas Gesundheitssystemen war also schon vor Ausbruch der Krise im Euroraum unübersehbar, konstatieren Maria Petmesidou, Ana M. Guillén und Emmanuele Pavolini. Was seitdem in den vier Ländern verändert wurde, weise aber oft in die falsche Richtung: „Es sieht so aus, als würden durch die umfangreichen Ausgabenkürzungen und eine ganze Reihe politischer Maßnahmen die Kosten der medizinischen Versorgung von den Schultern des Staates auf die der Bürger abgewälzt“, schreiben die Soziologen aus Griechenland, Spanien und Italien.

Ein genauerer Blick auf die Daten zeigt in allen untersuchten Ländern eine klare Verbindung zum Einkommen: Geringverdiener und Angehörige der Mittelschicht hätten ihre Ausgaben am stärksten reduziert, so die Forscher. Vor dem Hintergrund höherer Zuzahlungen und Leistungskürzungen deute das „auf eine wachsende Versorgungskluft“ hin, die in Griechenland darin gipfele, dass knapp 2,5 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung leben müssten. „Damit wird nicht nur die Gesundheit sozial schwacher Gruppen aufs Spiel gesetzt, sondern die weitere Bevölkerungsteile.“

## Infektionskrankheiten breiten sich aus

Die gesundheitlichen Folgen der Kürzungen sind in den vier Ländern unterschiedlich ausgeprägt – abhängig davon, wie stark sie ausfielen, wann sie wirksam wurden und ob es zusätzlich auch erfolgreiche Reformen zur Effizienzsteigerung im Gesundheitssystem gab. Die geringsten Auswirkungen beobachteten die Wissenschaftler in Spanien, wo die tiefsten Einschnitte allerdings auch erst von 2012 bis 2014 erfolgt sind. Gleichwohl sei die Zahl der Haushalte, die sich Arzneimittel nicht mehr leisten können, schon kräftig gewachsen. In Portugal müssten Krebskranke lange auf eine Behandlung warten.

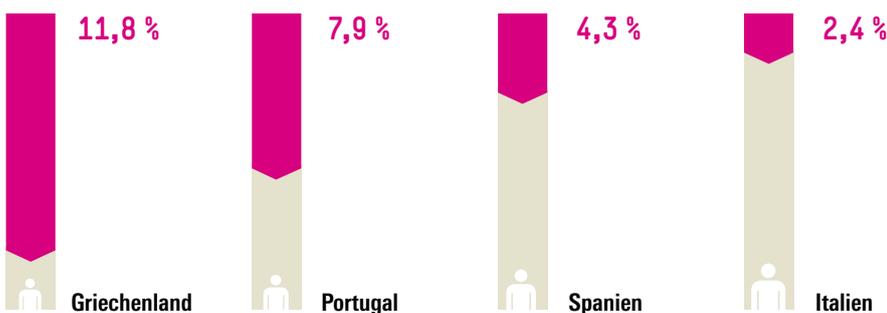
Für Italien zeigten EU-Daten, dass sich der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verschlechtert. Zudem erklären vor allem Bürger mit geringerem Einkommen in Umfragen häufiger, sie würden auf notwendige medizinische Untersuchungen verzichten.

Mit Abstand am drastischsten sind die Konsequenzen, die die Autoren für Griechenland beschreiben: Gravierende Lücken bei der Behandlung schwerer Krankheiten, ein spürbarer Anstieg beim Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen, deutlich schlechtere Gesundheitsdaten vor allem bei älteren Frauen. Sogar ein leichter Anstieg der Säuglingssterblichkeit und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie Malaria werden gemeldet. Neben Engpässen bei der Behandlung von Krankheiten wirkten sich auch Kürzungen in

der Prävention drastisch aus: Bei Drogenabhängigen habe sich die HIV-Infektionsrate seit 2004 verzehnfacht und Ärzte befürchten einen „Zusammenbruch des Impfsystems“. Angesichts dieser gravierenden Auswirkungen, warnen die Wissenschaftler, könnte sich der Sparkurs längerfristig für den Staat als „finanzpolitischer Bumerang“ entpuppen, „der in späteren Jahren zu einem explosionsartigen Anstieg kostenträchtiger Morbidität führt“. <

## Die Gesundheit kommt zu kurz

Die öffentlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf sanken preisbereinigt seit 2009\* im Schnitt jedes Jahr um ...



\*Daten für Griechenland, Portugal bis 2012; Spanien bis 2011; Italien bis 2013  
Quelle: Petmesidou u.a. 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0073](http://bit.do/impuls0073)

Hans Böckler  
Stiftung

Der Rückzug des Staates ist nach Analyse der Wissenschaftler doppelt fatal in einer Situation, in der viele Menschen nach Lohn- oder Rentenkürzungen oder durch Arbeitslosigkeit kaum Spielraum hätten, privat mehr für Arztbesuche oder Medikamente auszugeben. Zahlen der OECD zeigen die wachsende Lücke: Die öffentlichen Gesundheitsausgaben pro Kopf sanken in den Krisenländern seit 2009 um 2,4 bis 11,8 Prozent – pro Jahr. Die durchschnittlichen privaten Ausgaben waren aber preisbereinigt in Spanien und Portugal 2012 kaum höher als 2008. In Italien gingen sie sogar etwas zurück, in Griechenland brachen sie um fast die Hälfte ein.

Quelle: Maria Petmesidou u.a.: Gesundheitsreformen in Südeuropa – ein Vier-Ländervergleich.  
In: WSI-Mitteilungen 6/2015

# Mit dem Smartphone am Krankenbett

Alle reden von der Industrie 4.0. Doch Digitalisierung und verstärkter Technikeinsatz spielen auch in sozialen Berufen eine immer größere Rolle. Mögliche Folgen haben Forscher am Beispiel der Altenpflege untersucht.

Die Vorstellung ist gleichermaßen faszinierend wie furchterregend: In Zukunft werden Senioren nicht mehr von Menschen, sondern von Robotern gepflegt. Japanische Firmen haben bereits Maschinen mit starken Armen und großen Kulleraugen entwickelt, die Patienten aus dem Bett heben und in den Rollstuhl setzen können. Vom praktischen Einsatz in Deutschland sind solche Gerätschaften zwar noch weit entfernt, schreiben Volker Hielscher, Lukas Nock und Sabine Kirchen-Peters in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung. Dennoch spielt Technik in der Altenpflege schon heute eine große Rolle und wird den Alltag von Pflegebedürftigen und Pflegekräften in den kommenden Jahren deutlich verändern, erwarten die Wissenschaftler vom Saarbrücker Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft.

Gab es im Jahr 2013 rund 2,6 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland, werden es 2030 nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes weit mehr als drei Millionen sein. In der Altenpflege arbeitet derzeit etwa eine Million Menschen und es herrscht dramatischer Fachkräftemangel. Die Arbeit ist körperlich wie psychisch anstrengend und muss häufig unter so großem Zeitdruck erledigt werden, dass die Beschäftigten ihren eigenen professionellen Ansprüchen dabei nicht gerecht werden können. So scheidet die große Mehrheit der Pflegekräfte vorzeitig aus dem Beruf aus – frustriert und gesundheitlich angeschlagen.

Angesichts dieser Lage ist jede Technik willkommen, die Patienten nützt und Pflegekräften die Arbeit erleichtert. Nach den empirischen Studien der Forscher gibt es vor allem vier Anwendungsgebiete für moderne Technologie: Personenlif-



## Personenlifter

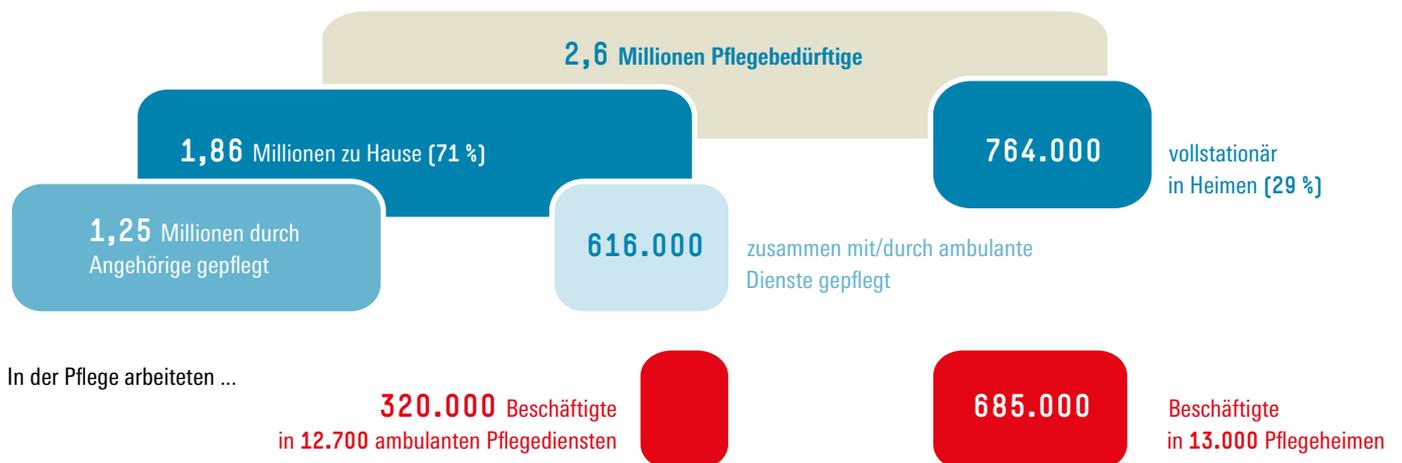
Pflegebedürftige aufzurichten oder umzubetten, ist Schwerstarbeit. Um Überlastungen zu vermeiden, müssten oft mehrere Pflegekräfte gemeinsam zupacken. Zeitdruck und Personalmangel lassen dies aber nicht zu. Entsprechend häufig sind Rückenprobleme bei Pflegekräften; ein Viertel ihrer Fehltage geht auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurück. Daher sind in Altenheimen inzwischen diverse elektrische Hebe- und Tragesysteme im Einsatz. Das Potenzial ist jedoch längst nicht ausgeschöpft. Die Geräte der ersten Generation waren oft laut, sperrig, unflexibel – und stießen damit bei Patienten und Pflegerinnen gleichermaßen auf Ablehnung. Erfahrungsberichte von Pflege- und Leitungskräften zeigen, dass verbesserte Technik und geduldige Einweisung am Ende beiden Seiten großen Nutzen bringt: Pflegekräfte schonen ihre Gesundheit und Pflegebedürftige sind nicht mehr in dem Maße ans Bett gefesselt, wie sie es ohne maschinelle Hilfe wären.

ter, elektronische Akten, GPS-Überwachung von Demenzerkrankten und intensivmedizinische Apparaturen, die zuhause aufgestellt werden.

Die Fallstudien zeigen, so die Forscher, dass vermehrter Technikeinsatz „eine Entlastung der Pflegekräfte und eine Verbesserung der Pflegequalität befördern“ kann. Im ungünstigsten Fall kann er aber „unter dem alltäglichen Ökonomisierungsdruck sozialer Dienstleistungsarbeit auch als

## Millionen sind auf Hilfe angewiesen

Versorgt wurden in Deutschland 2013 ...



Quelle: Destatis 2013 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0074](http://bit.do/impuls0074)



## Elektronische Krankenakte

Wie ist der Gesamtzustand des Patienten, welche Behandlungen, Untersuchungen, Medikamente hat er wann bekommen, hat er genug gegessen und getrunken, wann ist er zuletzt gewaschen, umgelagert und mit frischer Bettwäsche versehen worden? All dies wurde jahrzehntelang handschriftlich in Kladden und Mappen festgehalten, die bei jedem Schichtwechsel dem nächsten Team übergeben wurden. So entstanden Berge unübersichtlicher und oft schwer zu entziffernder Akten. Heute erfolgt die Dokumentation vielerorts elektronisch. Die Möglichkeiten sind aber noch keineswegs ausgereizt. Voll integrierte Systeme erfassen den Zustand des Patienten in Echtzeit – die Pflegekräfte zücken bereits am Krankenbett das Smartphone, tragen den gemessenen Blutdruck ein und setzen ein Häkchen bei Waschen oder Füttern. Pflegeeinrichtungen haben es so leichter, von den Krankenkassen mehr Pflegeleistungen und mehr Personal genehmigt zu bekommen, wenn die Daten entsprechenden Bedarf signalisieren.

Arbeitsalltag integrierbar ist. Wenn die eigentliche Arbeit am Patienten aus Sicht des Personals nur gestört wird, weil ständig irgendwelche Daten in die virtuelle Krankenakte eingetragen werden müssen, ist nichts gewonnen. Außerdem ermöglicht eine präzisere Dokumentation automatisch eine genauere Überwachung der Mitarbeiter; hier besteht Regelungsbedarf. Das Programmieren entsprechender Software ist stets ein Balanceakt: Zu viele Optionen erzeugen Frust bei den Anwendern, zu viel Standardisierung kann letztlich zu einer Fließband-Pflege führen, die keinen Raum für individuelle Versorgung mehr lässt.

Auch bei anderen technischen Arbeitsmitteln stehen den Vorteilen gewisse Nachteile gegenüber. Personenlifter etwa erlauben es Pflegerinnen selbstständiger zu arbeiten. Sie müssen nicht mehr auf andere Kollegen warten, bevor ein schwerer Patient angehoben werden kann. Die Kehrseite: Jeder arbeitet für sich und der fachliche Austausch geht zurück.

Akzeptanz muss neue Technik nicht nur bei den Beschäftigten, sondern auch bei den Pflegebedürftigen finden. Sie müssen ein gewisses Vertrauen in die Apparate entwickeln, andernfalls begeben sie

effizienzfunktionales ‚Schmiermittel‘ zu einem ‚Weiter-so‘ der Pflege unter widrigen Bedingungen beitragen“. Ob das Potenzial neuer Technologien letztlich den Beschäftigten und Gepflegten zugutekommt, hänge von der politischen und betrieblichen Gestaltung ab.

Auf politischer Ebene sind zum Beispiel Finanzierungsfragen zu klären. So sind im Pflegesektor viele kleine und mittelständische Unternehmen mit dünner Kapitaldecke aktiv. Aber auch für größere Einrichtungen stellen etwa Investitionen in komplexe EDV-Systeme eine erhebliche Belastung dar.

Auf betrieblicher Ebene ist entscheidend, dass die Technik nutzerfreundlich, an die Bedürfnisse der Beschäftigten angepasst und wirklich in den



## Intensivmedizin zuhause

Auch im Fall schwerer Erkrankungen möchten viele Ältere ihr vertrautes Umfeld nur ungern verlassen. Krankenhäuser sind heutzutage ohnehin nicht für längere Aufenthalte ausgelegt. So findet Intensivpflege immer öfter zuhause statt. Möglich wird dies durch mobile Pflegedienste und vor allem durch Fortschritte bei der Medizintechnik: Beatmungsgeräte oder Ernährungssonden lassen sich inzwischen auch daheim installieren. Sie erfordern allerdings eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch hochqualifiziertes Personal.

sich nur ängstlich und unter Protest in die „Arme“ einer Maschine, die sie aus dem Bett hebt. Gelingt es jedoch, Berührungängste abzubauen, kann der Einsatz von Personenliftern sogar in emotionaler Hinsicht von Vorteil sein: Manchen älteren Menschen ist es unangenehm, sich von anderen tragen, heben und drehen zu lassen; die Technik kann hier eine durchaus gewünschte Distanz schaffen.

Das Beispiel verdeutlicht den entscheidenden Unterschied zwischen sozialer Interaktionsarbeit und der Welt der Produktfertigung beim Technologieinsatz: Die Technik funktioniert nur, wenn sie von allen Beteiligten wirklich als nützlich empfunden wird. Ihre Vorzüge müssen geduldig erklärt werden. Das aber kostet Zeit. Zeit, die fehlt, wenn mögliche Effizienzsteigerungen zum Personalabbau genutzt werden. <

Quelle: Volker Hielscher, Lukas Nock, Sabine Kirchen-Peters: *Technikeinsatz in der Altenpflege. Potenziale und Perspektiven in empirischer Perspektive*. Berlin, edition sigma, Oktober 2015



## GPS-Überwachung

Demenzkranke sind oft noch gut zu Fuß. Viele wandern mehr oder weniger orientierungslos stundenlang hin und her, verlassen manchmal die Pflegeeinrichtung und werden im Straßenverkehr zur Gefahr für sich und andere. Sie im Auge zu behalten oder im Falle des Verschwindens wiederzufinden, bindet viel Personal. Hinzu kommt die permanente nervliche Anspannung. Die Option, einfach alle Ausgänge zu versperren, scheidet schon aus rechtlichen Gründen aus: Altenheime sind keine Gefängnisse. Einige Häuser nutzen heute aber die Möglichkeit, gefährdete Personen mit Sendern auszustatten. Auf diese Weise bekommt das Pflegepersonal mit, wenn sich Bewohner den Ausgängen nähern oder – außerhalb der Einrichtung – von ihren üblichen Spazierrouten abkommen. Dies entlastet die Pflegerinnen vom Stress der permanenten Aufsichtung und ermöglicht den Demenzkranken, sich geschützt autonom bewegen zu können.

# Betriebe tun zu wenig für Hörgeschädigte

Wer schwerhörig ist, hat Anspruch auf einen behindertengerechten Arbeitsplatz. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben hapert es allerdings.

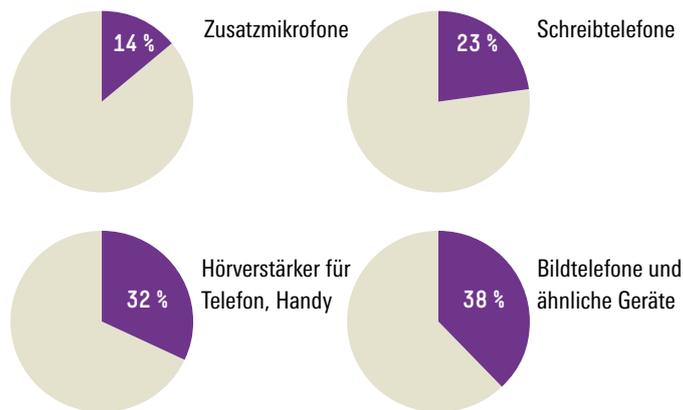
Beeinträchtigungen des Hörvermögens sind weit verbreitet: Schätzungen zufolge leidet etwa ein Fünftel der Bevölkerung unter Schwerhörigkeit, unter den 50- bis 59-Jährigen etwa ein Viertel. Beruflich hätten die Betroffenen oft mit erheblichen Problemen zu kämpfen, schreiben Andreas und Ulrike Weber. Um Nachteile so weit wie möglich auszugleichen, sei eine angemessene Gestaltung des Arbeitsplatzes wichtig. Die Forscher vom Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaft der Universität Halle-Wittenberg und der Forschungsstelle zur Rehabilitation von Menschen mit kommunikativer Behinderung haben untersucht, inwieweit die entsprechenden rechtlichen Vorgaben tatsächlich umgesetzt werden. Ihren Ergebnissen zufolge ist noch viel zu tun.

Für ihre Studie haben die Experten eine Befragung von Berufstätigen ausgewertet, die entweder schwerhörig, ertaubt oder gehörlos sind. Dabei haben sie sich auf die Angaben älterer Personen zwischen 50 und 65 konzentriert, von denen 661 befragt wurden. Laut Sozialgesetzbuch haben Arbeitnehmer mit einer Schwerbehinderung Anspruch auf eine behindertengerechte Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsumfeld, Arbeitsorganisation und Arbeitszeit. Die Kosten übernehmen in der Regel die zuständigen Behörden oder Rehabilitationsträger.

Ihren Arbeitsplatz insgesamt beurteilen lediglich 29,6 Prozent der Befragten als hörgeschädigtengerecht. Dass er mit allen erforderlichen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist,

## Behindertengerechte Ausstattung

Von den Berufstätigen zwischen 50 und 65 Jahren, die entsprechende Arbeitshilfen benötigen, verfügen über ...



Quelle: Weber 2015 Grafik zum Download: [bit.do/impuls0075](http://bit.do/impuls0075)

Hans Böckler Stiftung

bejahen 28,4 Prozent. Gut ein Fünftel hält die Arbeitszeit für behindertengerecht, bei Arbeitsorganisation und Arbeitsumfeld sind es jeweils 15,7 Prozent. Von bevorzugter Behandlung bei der Weiterbildung – wie es der Gesetzgeber vorsieht – berichten 13,3 Prozent. Zwar sind über 86 Prozent mit den Lichtverhältnissen zufrieden, lediglich ein Drittel profitiert jedoch von Maßnahmen zur Lärminderung. Ähnlich sieht es bei den technischen Arbeitshilfen aus: Fax, Internet und Mobiltelefone für SMS-Kommunikation stehen der überwiegenden Mehrheit zur Verfügung. Ein spezielles Telefon für Hörgeschädigte gibt es dagegen nur für 40,1 Prozent derjenigen, die ein solches Gerät benötigen würden. Ein Zusatzmikrofon erhalten nur 13,6 Prozent. Alles in allem seien die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen bislang in eher geringem Maße umgesetzt, resümieren die Autoren. Auch angesichts des wachsenden Anteils älterer Arbeitnehmer seien zusätzliche Anstrengungen dringend geboten. <

Quelle: Andreas Weber, Ulrike Weber: Älter, hörbeeinträchtigt und... erwerbstätig!, in: Journal of Labour Market Research (online)

## LÖHNE

# Um den Schlaf gebracht

Lohngerechtigkeit beeinflusst die Nachtruhe: Wer sich unfair bezahlt fühlt, schläft schlechter.

Das zeigt Christian Pfeifer von der Universität Lüneburg in einer empirischen Studie. Nach seinen Berechnungen leiden Schlafdauer und Schlafqualität, wenn Beschäftigte ihr Gehalt als unfair empfinden. Das sei insofern bedenklich, als Schlafstörungen nicht nur die Leistungsfähigkeit am Tag beeinträchtigen, sondern nachweislich auch das Risiko für Herzprobleme, Übergewicht und Diabetes erhöhen.

Für seine Analyse hat Pfeifer Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) aus den Jahren 2009, 2011 und 2013 ausgewertet, die auf Angaben von mehr als 10.000 Arbeitnehmern beruhen. Diejenigen Befragten, die ihren Lohn für ungerecht halten, schlafen signifikant weniger als diejenigen, die sich fair bezahlt fühlen: Wenn Faktoren wie das Geschlecht, der Famili-

enstand, die Bildung oder das Alter herausgerechnet werden, beträgt der Unterschied 1,2 bis 2,5 Prozent, was bis zu zehn Minuten pro Nacht entspricht. Die Wahrscheinlichkeit, zwischen sieben und neun Stunden zu schlafen, also eine gesunde Schlafdauer einzuhalten, sinkt um 5,6 bis 7 Prozentpunkte. Die Zufriedenheit mit dem Schlaf, die das SOEP auf einer zehnstufigen Skala erfasst, nimmt um 1,3 bis 5 Prozent ab. Gleichzeitig steigt das Risiko krankhafter Schlafstörungen: Entsprechende ärztliche Diagnosen sind bis zu 36 Prozent häufiger bei Beschäftigten, die sich über unfaire Entlohnung beklagen. Alle Effekte sind vor allem werktags nachweisbar. <

Quelle: Christian Pfeifer: Unfair Wage Perception and Sleep: Evidence from German Survey Data, IZA Discussion Paper Nr. 9317, August 2015 Download: [bit.do/impuls0076](http://bit.do/impuls0076)

# In der Innung nur mit Tarif

Eine Handwerksinnung darf Unternehmen keine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung anbieten. Ausnahmen sind – anders als bei Arbeitgeberverbänden – nicht rechtens.

Handwerksinnungen dürfen keinen Ausstieg aus der Tarifbindung ermöglichen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten, das die Rechtswissenschaftler Bodo Pieroth und Tristan Barczak von der Universität Münster im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung angefertigt haben. Die Handwerksordnung lasse keine Aufspaltung in tarifgebundene und tariflose Mitgliedschaften zu, so die Juristen. Anlass für die Erstellung des Rechtsgutachtens ist ein Streit zwischen der Innung für Sanitär- und Heizungstechnik Goslar und der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade. Der Fall wird mittlerweile vor dem Bundesverwaltungsgericht verhandelt – und ist damit von bundesweiter Bedeutung.

Die Innung will erreichen, dass sich einzelne Handwerksbetriebe mithilfe sogenannter OT-Mitgliedschaften (OT = ohne Tarif) von der Tarifbindung befreien können, ohne aus der Innung austreten zu müssen. Dazu soll die Satzung, die bislang nur tarifgebundene Mitgliedschaften vorsieht, geändert werden. Zur Begründung heißt es, Innungen müssten genauso behandelt werden wie Arbeitgeberverbände. In diesen könne man auch Mitglied sein, ohne der Tarifbindung zu unterliegen. Die Handwerkskammer, die die Rechtsaufsicht über die Innung führt, lehnt das ab.

Die Rechtswissenschaftler aus Münster halten die Argumentation der Innung für wenig stichhaltig: Als Körperschaft öffentlichen Rechts unterscheide sich eine Handwerksinnung wesentlich von privatrechtlich verfassten Arbeitgeberverbänden.

Somit sei die für Arbeitgeberverbände geltende Rechtsprechung „schon im Ansatz nicht übertragbar“.

Aus Sicht der Gutachter widerspricht eine Aufspaltung in tarifgebundene und tariflose Mitgliedschaften dem Sinn und Zweck der Handwerksordnung. Diese verlange, dass alle Mitglieder der Körperschaft gleich behandelt werden müssen. Die Einführung einer OT-Mitgliedschaft hätte zur Folge, dass „jedes Mitglied für sich und nicht länger die Gesamtheit der Mitglieder über seine Rechte und Pflichten entscheidet“. Der Grundsatz der Gleichbehandlung wäre verletzt. Allenfalls in Ausnahmefällen, wenn es einen sachlich gerechtfertigten Grund gibt, wären Abweichungen von diesem Prinzip denkbar. „Der Wille, sich gesetzlichen Bindungen zu entziehen oder diese zu umgehen, stellt jedoch keinen Sachgrund dar“, schreiben Pieroth und Barczak.

## Tariffähigkeit der Arbeitgeber gefährdet

Die Juristen gehen zudem davon aus, dass die Innung gar nicht befugt ist, die Einführung einer OT-Mitgliedschaft auf satzungsrechtlicher Grundlage zu beschließen. Wenn es um Fragen geht, die die formale Struktur sowie den Status der Mitgliedschaft grundsätzlich berühren, seien die „Grenzen der Satzungsautonomie“ überschritten, es gelte höherrangiges Recht. „Die Regelung des Mitgliedschaftsstatus, namentlich grundlegender Mitgliedschaftspflichten, ist Sache des parlamentarischen Gesetzgebers“, so Pieroth und Barczak.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die Innung als Tarifpartner der Gewerkschaften im Bereich des Handwerks auftreten. Diese Aufgabe könnte sie kaum noch wahrnehmen, würde man es den Mitgliedern freistellen, ob sie sich der Tarifbindung unterwerfen oder nicht. Eine solche Zersplitterung würde die Tariffähigkeit der Arbeitgeberorganisation gefährden. Zwar seien die Innungen gerade in der jüngeren Vergangenheit de facto immer weniger an Tarifabschlüssen interessiert gewesen, wie die Juristen anmerken. Dies ändere jedoch nichts daran, dass sie de jure nach wie vor als Tarifpartner agieren können.

Eine Verletzung der Koalitionsfreiheit der Innung sehen die Rechtswissenschaftler nicht. Denn die gesetzlich verankerte Tariffähigkeit der Innungen verfolge ein legitimes übergeordnetes Ziel: Die „Herstellung der Funktionsfähigkeit des Tarifwesens und Verhinderung einer Störung der Verhandlungsparität“. <

## So ist das Handwerk organisiert



Quelle: Redaktion Impuls Grafik zum Download: [bit.do/impuls0077a](http://bit.do/impuls0077a)

Hans Böckler Stiftung

Quelle: Bodo Pieroth, Tristan Barczak: Rechtmäßigkeit einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung in der Satzung einer Handwerksinnung?, Rechtsgutachten, HSI-Working-Paper Nr. 5, September 2015 Download: [bit.do/impuls0077](http://bit.do/impuls0077)

# IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0  
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger  
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung  
Redaktion: Philipp Wolter (Leitung), Sabrina Böckmann, Jörg Hackhausen,  
Dr. Kai Kühne  
E-Mail: [redaktion-impuls@boeckler.de](mailto:redaktion-impuls@boeckler.de)  
Telefon: 02 11 / 77 78-631, Fax: 02 11 / 77 78-207  
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf  
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle frei  
[www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## GESUNDHEIT

### Schlaganfall bei Überstunden

Wer regelmäßig mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten muss, hat ein deutlich erhöhtes Schlaganfall-Risiko. Das ist das Ergebnis einer Studie, für die ein internationales Forscherteam unter der Leitung von Mika Kivimäki vom University College London Daten von mehr als 600.000 Beschäftigten ausgewertet hat. Andere Ursachen wie Bluthochdruck oder Alkoholkonsum wurden aus den Ergebnissen herausgerechnet. Aus biologischer Sicht sei der Zusammenhang einleuchtend, so die Forscher. Zum einen könne er durch Stress erklärt werden, zum anderen durch das viele Sitzen im Büro.



Im Vergleich zu einer Arbeitszeit von 35 bis 40 Stunden.  
Quelle: Mika Kivimäki u.a.: Long working hours and risk of coronary heart disease and stroke, in: The Lancet, August 2015 [bit.do/impuls0078](http://bit.do/impuls0078)

## ARBEITSWELT

### Zufriedenheit macht produktiver

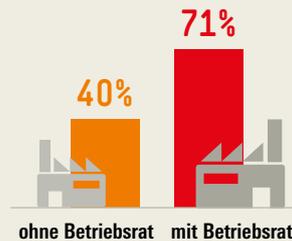
Wenn Unternehmen sich um die Zufriedenheit ihrer Beschäftigten bemühen, zahlt sich das betriebswirtschaftlich aus. Zwei aktuelle Studien von Mitarbeitern des National Institute of Economic and Social Research in London und der Universität Aarhus zeigen: Zufriedene Mitarbeiter bringen bessere Leistungen und kündigen seltener. Betriebe mit hoher Mitarbeiterzufriedenheit schneiden bei Arbeitsproduktivität, Arbeitsqualität und Finanzkennzahlen besser ab als die Konkurrenz. Zudem sparen sie Fluktuationskosten.

Quelle: IZA, September 2015 [bit.do/impuls0079](http://bit.do/impuls0079)

## MITBESTIMMUNG

Korrekt vertreten und bezahlt

Einen Tariflohn erhalten von den westdeutschen Beschäftigten ...

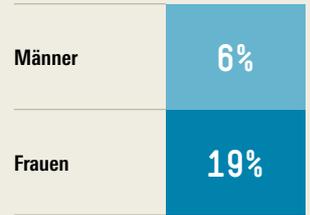


privatwirtschaftliche Betriebe ab 5 Beschäftigten;  
Quelle: IAB-Betriebspanel 2014

## VEREINBARKEIT

Für die Pflege stecken Frauen beruflich zurück

Von den Beschäftigten, die einen Angehörigen pflegen, haben ihre Arbeitszeit reduziert ...

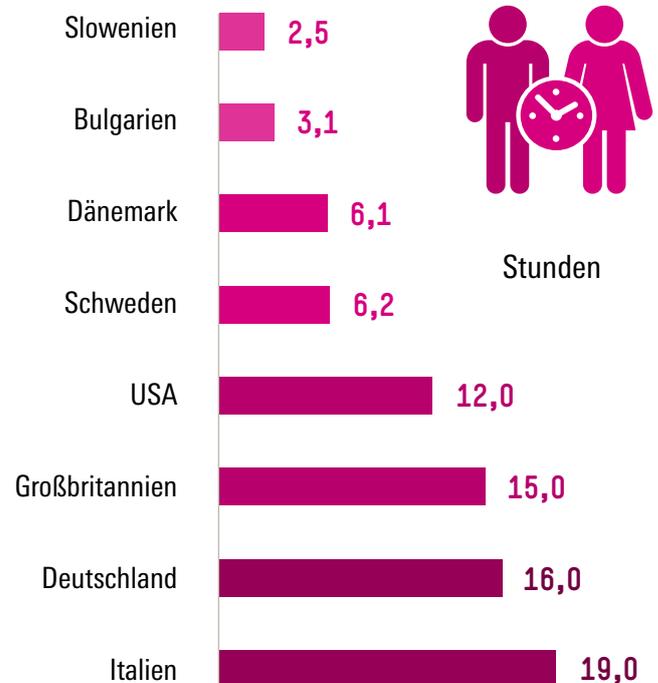


Quelle: IfD Allensbach, Juni 2015  
[bit.do/impuls0080](http://bit.do/impuls0080)

## GENDER

### Progressive Osteuropäer

Der Unterschied in der wöchentlichen Arbeitszeit zwischen Lebenspartnern liegt im Schnitt bei ...



Partner zwischen 25 und 54, von denen mindestens einer erwerbstätig ist.  
Quelle: WZB, September 2015 [bit.do/impuls0081](http://bit.do/impuls0081)